

# Wittgensteiner Zeitung

Amtlicher Anzeiger der Stadt Laasphe,  
der Aemter Wittgenstein, Banse und Erndtebrück

Schiffleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe.

Nummer 61

Laasphe, Samstag den 21. Juni 1919

44. Jahrgang

Erscheint jeden Dienstag, Donnerstag und Samstag und kostet vierteljährlich in der Geschäftsstelle abgeholt Mk. 2.20. Bringerlohn monatlich 10 Pfg. Durch die Post bezogen Mk. 2.25 ohne Bestellgebühr — Fernsprecher Nr. 79 —

Bei Anzeigen wird die einseitige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg. berechnet. Reklamezeile 70 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Girokonto Kreissparkasse Laasphe Nr. 89 — Postfachkonto Köln 40449 —

## Bekanntmachung.

In der Generalversammlung vom 14. März d. Js. wurde beschlossen, im Laufe dieses Sommers eine Prämierung von Rindvieh in Wege der Stallfütterung vorzunehmen. Nur im Herdbuch eingetragene Kühe von Vereinsmitgliedern und die Nachkommen von diesen Tieren, die im rechten Ohr die Nummer der Mutter tragen, sollen prämiert werden; auch Blößen werden bis höchstens zu einem Viertel der Gesamtzahl der zu prämierenden Tiere zugelassen.

Wir ersuchen die Vereinsmitglieder, diejenigen Tiere, die den Preisrichtern demnächst vorgeführt werden sollen, innerhalb der nächsten zehn Tage möglichst schriftlich hierher anzumelden und dabei die Nummern der Kühe sowie der Rinder und die Anzahl der mit vorzustellenden Nachkommen anzugeben. Da die Blößen nicht mehr eingetragen sind, genügt bei diesen die Angabe der Zahl der Tiere, die vorgeführt werden sollen.

Verleburg, den 20. Juni 1919.

Der Vorstand des landwirtschaftlichen Kreisvereins.

## Rücktritt des Kabinetts.

WTB. Weimar, 20. Juni, 1.10 Uhr nachts. Das Kabinett ist heute zurückgetreten. Es wird die Geschäftsverteilung weitergeführt, bis der Reichspräsident ein neues Kabinett gebildet hat.

## Das Todesurteil.

Die Grundlagen der Antwortnote.

Die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenentwürfe steht dem ursprünglichen Friedensvertrag der Alliierten an Deutlichkeit und Gehaltigkeit in keiner Beziehung nach. Ein allen diplomatischen Gepflogenheiten widersprechender verächtlicher Ton durchzieht das ganze Manuskript, und der Geist, den er atmet, wird durch die folgenlos verwerfliche, gemeinliche und teufelische Fälschung der Weltgeschichte zu rechtfertigen versucht. „Viele Jahre hat Deutschland, den preussischen Traditionen getreu, die Vorherrschaft in Europa ausgeübt.“ Der Krieg, der am 1. August begann, ist das größte Verbrechen, das je an den Völkern der Welt verübt worden ist. „Das sind die beiden fundamentalen Lagen, die fünf Jahre lang in der Behirne der Völker eingehämmert worden sind. Jahrzehnte werden vergehen, bevor sie im Bewusstsein der Menschheit der Wahrheit Platz gemacht haben werden, die endlich den Sieg davontragen muß.“

Große Veränderungen an dem Inhalt des Vertrages haben wohl die wenigsten erwartet. Daß aber „das letzte Wort“ über das Schicksal eines Volkes in derart oberflächlicher Weise begründet werden würde, hatten wohl die wenigsten vermutet. Auf unsere Gegenentwürfe ist in den meisten Fällen gar nicht ernsthaft eingegangen worden, so ist z. B. bei der Regelung der Danziger Frage die von uns vorgeschlagene Schaffung von Freihäfen in Danzig, Königsberg und Memel in keiner Weise erwähnt.

Die Zwischenfälle in Versailles.

Den Geist, aus dem heraus die Alliierten unsere Gegenentwürfe geprüft haben, konnte nicht trefflicher charakterisiert werden, als die Szenen, die sich bei der Abreise der deutschen Delegation aus Versailles abspielten. Diese beispiellose Verletzung des Gastrechtes und der Gepflogenheit internationaler Höflichkeit hat Graf Brodorski-Mangau sofort veranlaßt, noch vor seiner Abreise bei der französischen Regierung in schärfster Weise Protest zu erheben. — Über die Ausbreitungen wurden nach Eintreffen der deutschen Delegation noch folgende Einzelheiten bekannt: Der Weg von dem Hotel in Versailles bis zur Bahnstation ist ziemlich weit. Die Autos brauchten dazu etwa 25 Minuten. Auf dieser ganzen Strecke hatten zu beiden Seiten der Straße halbwegsige Burden und Mädchen aufgestellt genommen, die sich zunächst mit Föhlen und Pfeifen und Schimpfworten begnügten. Bei der Fortsetzung der Fahrt aber wurde die Haltung des Pöbels immer hemmungsloser, und bald flogen größere und kleinere Steine gegen die Autos. Außer den bereits genannten Persönlichkeiten wurden noch eine Reihe andere Mitglieder der Delegation durch Glas splitter verletzt. Weder ein Polizist noch ein Soldat waren aufgestellt, obwohl es sich um eine nach Tausenden zählende Menge handelte, die die Straßen vom Hotel bis zum Bahnhof füllte.

Clemenceaus Entschuldigung.

Der Vorsitzende der Friedenskonferenz Clemenceau hat dem Grafen Brodorski in einer besonderen Note sein lebhaftes Bedauern über die Vorgänge aus-

gedrückt. Die Kundgebungen seien nur infolge einer Abwesenheit einer Anzahl von Polizeibeamten, die aus Gründen der öffentlichen Ordnung in der Umgebung von Versailles an eine andere Stelle beordert waren, möglich gewesen. Der Präsident des Departements Seine et Oise werde Herrn v. Haniel seine Entschuldigungen vorbringen und werde gleichzeitig den Kommissar Dudaile, der mit der Überwachung des Sicherheitsdienstes betraut war, seines Amtes entheben, da er die befohlenen Ordnungsmaßnahmen nicht getroffen hatte.

Das beschämende Erlebnis hätte leicht vermieden werden können, wenn die Abfertigung von Anfang an besser geleitet worden wäre. Eine Kompanie Soldaten hätte genügt, die Schreier zu zerstreuen. Nun bleibt auf Frankreich der Vorwurf sitzen, eine Friedensdelegation, die unter dem Schutze des Staates ist, den wildesten Beschimpfungen einer irregulierten Volksmasse ausgesetzt zu haben.

Beginnender französischer Vormarsch.

Im ganzen badiischen Hanauer Land machen sich die Vorbereitungen der französischen Truppen zu dem Vormarsch nach dem rechtsrheinischen Deutschland bemerkbar. Zahlreiche Truppenzüge sind, aus dem Elsass kommend, im Kehler Brühlensgebiet eingetroffen. Seit Sonntag fahren viele Kraftwagen und Proviantkolonnen über die Kehler Rheinbrücke: die Landorte haben erhöhte Einquartierungen bekommen. In öffentlichen Kundmachungen werden die demobilisierten deutschen Militärpersonen aufgefordert, sich zu einer Kontrollversammlung einzufinden. — Im Verlaufe der letzten Woche ist die Armee in der Pfalz um etwa die Hälfte ihres Bestandes verstärkt worden. Vor revolutionären Unruhen innerhalb der französischen Armee ist nichts zu bemerken, wohl aber von einer entschiedenen Abneigung der Soldaten, einen Vormarsch nach Deutschland anzutreten.

## Zur Lage.

Weimar, 19. Juni. Das Kabinett hat sich gestern in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Friedensdelegation in siebenstündiger Generaldebatte mit den Gegenentwürfen der Entente beschäftigt. Das Urteil der Reichsregierung hat sich seit der Ergänzung der Mantelnote durch das jetzt eingetroffene Memorandum nicht geändert. Sie steht auch ihm gegenüber auf dem Standpunkt: Unerfüllbar und unerträglich. Die endgültige Stellungnahme wird nach Bepfändung der einzelnen Reichsminister mit ihren Fraktionen und einzelstaatlichen Ministern erfolgen.

In politischen Kreisen wird es vielfach bemerkt, daß in der Stellungnahme der Reichsregierung zwar die Aussprüche „unerfüllbar und unerträglich“ gebraucht werden, daß aber das bisher von Scheidemann und anderen Regierungsmitgliedern angewandte „Unannehmbar“ vermieden worden ist. Man will hieraus schließen, daß es noch dahin steht, welche Folgerungen das Kabinett daraus ziehen wird, und in welcher Art diese Erkenntnis politisch und diplomatisch ausgenutzt werden wird. Noch scheint es nicht mit Sicherheit feststehen, ob die Forderung der Regierung zur gütlichen Ablehnung der Unterzeichnung führen soll, wiewohl das die natürlichste und logischste Konsequenz wäre oder eigentlich sein müßte. Man könnte aber gleichwohl beispielsweise an eine Unterzeichnung unter gleichzeitiger Protest denken, wie es Trögt gemacht hat. Oder vielleicht ließe sich die Annahme unter gleichzeitiger Ablehnung einiger besonders drückender und unmöglicher Vertragspunkte denken. Tatsächlich scheinen derartige Kompromißgedanken gegenwärtig bei einigen Parteien erwogen zu werden. Ob derartige Vorschläge freilich als besonders glücklich oder als mahnenswert angesehen sind, muß sehr zweifelhaft erscheinen. Das wäre dann, so behaupten die Gegner dieser Bestrebungen, nichts Ganzes und nichts Halbes und würde weit davon entfernt sein, auf die Außenwelt jenen Eindruck der Größe und Würde im Angesicht zu machen, an dem uns in diesem kritischen Augenblick, wo auch unser moralischer Kredit auf dem Spiele steht, viel gelegen sein mußte.

WTB. Weimar, 20. Juni. Der Zentralrat der Republik tritt für Unterzeichnung des Vertrages ein. Das deutsche Volk werde nicht aufhören, für die Revision der Bedingungen zu wirken, in der Hoffnung auf eine Beschleunigung der Revision durch die beginnende Einsicht bei den Völkern der Entente. — Aufträge im „Vorwärts“ und in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ verlangen Volksabstimmung. Das parlamentarische System bedingt, daß die Kabinettskrisen nicht den Reichspräsidenten berührt. Absolut ablehnend äußern sich die Minister Preuß. Dernburg, Mangau, Landsberg, Gothein und Giesberts. 79 Zentralräte sprechen sich für Unterzeichnung aus unter gleichzeitiger Ablehnung des Schuldbeitrages, Ablehnung der Auslieferung der Generalführer und Politiker zur Aburteilung an einen Entente-Gerichtshof und Abgabe der Erklärung, daß die wirtschaftlichen Bedingungen unerfüllbar seien. Die überwältigende Mehrheit der Demokraten lehnt ab, daß und es für den

vom Zentrum empfohlenen Ausweg. Die deutsche und deutsch-nationale Volkspartei lehnt unbedingt ab. Die von der Reichsregierung ernannten Sachverständigen haben nach gründlicher Erwägung einstimmig die Annahme des Friedensvertrages als unmöglich bezeichnet.

Gestern zogen starke englische Truppenabteilungen nach der rechten Rheinseite an der Grenze des Kölner Brückenkopfes, um sich zum Einmarsch bereit zu halten und von Montag abend allein verfügen zu können.

Berliner Friedensberatungen.

Auf Einladung des Grafen Brodorski-Mangau finden in Berlin Beratungen der aus Behörden, Handel und Industrie usw. berufenen Sachverständigen für die Friedensfragen statt. Bereits Dienstag ist ein Arbeitsausschuß unter Vorsitz des Unterstaatssekretärs Köpfer zusammengetreten, und es ist eine Anzahl von Kommissionen und Unterkommissionen zur Beratung der territorialen, Finanz-, Rechts-, Wirtschafts- und Arbeitsfragen eingesetzt worden. Die Ergebnisse werden dem Plenum der Sachverständigen vorgelegt werden und das Gesamtergebnis hierauf wird durch Flugpost nach Weimar überbracht werden.

Die süddeutsche Gefahr.

Weimar, 20. Juni. Nach allen Informationen wächst in den parlamentarischen Kreisen die Stimmung für eine Unterzeichnung der Bedingungen. Es handelt sich weniger darum, daß die parlamentarischen Kreise einsehen, daß die Bedingungen unannehmbar sind, als darum, daß die Bedingungen, die aus Süddeutschland kommen, außerordentlich düster lauten. Man befürchtet allgemein, daß die Franzosen und Engländer eine Trennungslinie zwischen Norddeutschland und Süddeutschland ziehen werden und daß dann Süddeutschland vom Reich abfallen und einen Sonderfrieden schließen wird. Die Minister der süddeutschen Staaten, insbesondere der bayerische Minister, hat darüber keinen Zweifel gelassen.

Die bayerische Auffassung.

Ein Berichterstatter hatte heute abend Gelegenheit, mit führenden bayerischen Politikern zu sprechen. Dabei wurde ihm erklärt, ein Faktor, der vorläufig noch ganz unabhängig ist, sei die Ernährungsfrage. Unsere Entente verspreche zwar gut zu werden, aber sie reiche nicht aus. Selbst wenn wir genügend zu essen hätten, würde uns die Verlehnung einen Strich durch die Rechnung machen. Der preussische Eisenbahnminister und die der anderen Staaten müßten also, ehe es zu einer Entscheidung kommen kann, sich dahin äußern, wie weit sie sich für die kommenden Monate mit Kohlen hätten eindecken können. Denn wenn eine völlige Kohlenperre eintrete, ständen katastrophale Folgen bevor. Kabinett und Nationalversammlung müßten außerdem vom Reichswahlminister vertraulich unterrichtet werden, ob er sich stark genug fühle, zu erwartende Aufstände niederzuschlagen und genügende Truppen für den Grenzschutz bereit habe.

## Die Unterzeichnung ist so gut wie sicher.

Weimar, 21. Juni. Die Entscheidung über die Frage der Annahme oder Ablehnung der feindlichen Friedensbedingungen ist so gut wie gefallen. Zwar lagen im Augenblick noch die Fraktionen der Mehrheitsparteien, aber der Standpunkt, den die Fraktionen einnehmen, läßt sich bereits übersehen. Die Sozialdemokratie hat sich nunmehr in ihrer überwiegenden Mehrheit für die Annahme entschieden. Dasselbe gilt für die Zentrum-Fraktion. Von den Demokraten wird eine Mehrheit für die Ablehnung stimmen. Im Kabinett ist die Hälfte der Minister unbedingt für Annahme. Sie besteht aus den Ministern Erzberger, Bell, David, Bissel, Schmidt, Bauer und Röske. Bei dieser Gruppierung im Parlament und Kabinett erscheint die Annahme des Friedensvertrages sicher.

## Weitere Pressestimmen.

Die neuen Bedingungen der Entente werden allgemein als drückend und unerträglich bezeichnet, doch gehen die Meinungen über die Ablehnung oder Annahme des Vertrages immer noch auseinander.

Der rechtsstehende „Berliner Lokalanzeiger“ veröffentlicht folgende Ausführungen seines Berliner Berichterstatters:

Herr Scheidemann hat gesagt, daß die Hand verdorren müsse, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet. Auch die Hand, die den abgeänderten Vertrag unterzeichnet, müßte nach unserer Ansicht verdorren. Wir hoffen, daß Herr Scheidemann, die gesamte Regierung und die Delegation, ihren feierlichen Versicherungen getreu, vor der Nationalversammlung dieses würdevolle Wort wiederholen, und die Ablehnung dieses Vertrages, dessen Annahme uns kein fürchterlicheres Schicksal bereiten würde als die Folgen der Nichtunterzeichnung, mit großer Mehrheit beschließen wird.

Die deutsch-nationale „Deutsche Tageszeitung“, das Organ des Bundes der Landwirte, faßt ihr Urteil über die revidierten Friedensbedingungen dahin zusammen:

„Ihre Unterzeichnung durch die Regierung müßte nach allem als ausgeschlossen gelten. Die Feinde drohen mit kriegerischen Maßnahmen, und es wird, wie wir seit Wochen hervorheben, sicher nicht bei Drohungen bleiben. Darüber soll man sich in Deutschland keinen Illusionen hingeben, ebensowenig wie über Uneinigkeit zwischen den feindlichen Mächten. Möglich ist alles, aber rechnen darf man mit solchen Sachen nicht. Trotzdem, wir wiederholen, darf dieser Vertrag im Interesse des deutschen Volkes und seiner ganzen Zukunft nicht unterzeichnet werden. Unterzeichnung würde nichts bessern, sondern alles schlimmer machen, außerdem den Rest deutscher Ehre vernichten.“

Die „Kölnische Zeitung“ meint: „Die Gegner lassen uns nur die Wahl zwischen Ja und Nein. Sie stellen Deutschlands Schicksal und mit ihm das der Welt auf zwei Worte. Da wird es nach berühmtem Muster der anderen auch für uns zur heiligen Pflicht, nur für uns zu sorgen. Um besten sorgt der für unser armes, zerfallenes Vaterland, der ihm den Frieden und mit ihm Arbeit, Brot und Ruhe verschafft. Ein solcher Preis ist des äußersten Opfers wert, es müßte daher, so schwer es auch zu tragen wäre, gebracht werden, wenn es getragen werden kann.“

Die „Zentrums-Parlaments-Korrespondenz“ äußert sich folgendermaßen:

„Unsere Feinde können ihren Fuß auf unseren Nacken setzen, sie können uns in Ketten schlagen und töten, aber nimmer werden sie uns den freien Mannesmut und die Gefühle unserer nationalen Ehre und das Bewußtsein unseres Rechts erwürgen und ersticken können. Aber nicht mit Gefühl und Empfindungen darf in die für die Zukunft unseres Volkes entscheidenden Tagen Politik gemacht werden. An diese Betrachtungen wird die Mahnung zur Disziplin geknüpft.“

In der „Kölnischen Zeitung“ tritt Georg Bernhard für Unterzeichnung des Vertrages ein:

„Man kann im Ernst nicht annehmen, daß eine ihrer Verantwortung bewußte Regierung die furchtbaren Folgen auf Deutschland herausbeschwören wird, die die Ablehnung des Friedens haben müßte. Auch der härteste Frieden schafft doch endlich die Grundlage, um mit dem Wiederaufbau zu beginnen. Die Unterzeichnung des Friedensvertrages rettet wenigstens den Zusammenhang des Reiches, während die Ablehnung die Auflösung des Reiches bedeutet, den schreden ohne Ende, eine dauernde Krankheit, eine Auseinanderfolge von Zerwürfeln. Kein verantwortlicher Staatsmann kann darauf hoffen, daß im Falle der Ablehnung des Friedens ein Wunder geschehen wird. Nicht Wunderglaube, sondern Vertrauen auf die eigene Kraft kann Deutschland vielleicht noch retten. Aber nur, wenn wieder Friede im Lande ist.“

Das linksliberale „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„An der letzten Grenze der Möglichkeiten werden wir natürlich erpresserischem Zwange uns beugen müssen, denn Uebermaßiges, über die Kraft gehendes Opfer nutzt, nach so viel Leidensjahren, niemand dem Volke zu. Wenn die Regierung und die Nationalversammlung in Weimar ihr „Unannehmbar“ wiederholen, müssen sie zugleich dem Volke zeigen, daß nicht die Masse der Westjüden unter dem, was die nächsten Wochen bringen könnten, leiden soll. Jeder, der die Zukunft erwägt, kann auf die brutale Frage, ob dieser Vertrag, „so, wie er heute ist“, unterzeichnet werden soll, nur nochmal antworten: „Nein!“ Über von denjenigen, die heute über die Ruhe im Lande entscheiden, hängt es ab, ob ein solcher Entschluß die erhofften Wirkungen haben kann oder nicht.“

Die „Frankfurter Zeitung“ sagt in ihrem Leitartikel:

„Die Verantwortung dieser Stunde ist unermesslich. Wir sind entschlossen, sie zu tragen. Die Wahrheit aber ist: Deutschland ist außer Stande, den Feinden die Unterdrückung unter den Vertragsentwurf zu verweigern, wenn sie durch das Ultimatum erzwungen wird. Sind wir uns hierüber klar und muß die Hoffnung auf jedes weitere Zugeständnis vor der Unterzeichnung ausgegeben werden, so muß dieser tödliche Schritt ohne Schwanken getan werden.“

Im sozialdemokratischen „Vorwärts“ wird eine Volksabstimmung vorgeschlagen:

„Würde sich wider alles Erwarten ergeben, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung vorhanden ist, so müßte erst innerhalb der kurzen Frist, die zur Verfügung steht, eine neue Regierung gebildet werden, die neue Friedensbeauftragte zu ernennen und mit der Unterzeichnung des Vertrages zu beauftragen hätte. Es gilt aber als der viel wahrscheinlichere und auch erwünschte Teil, daß sich die Nationalversammlung mit gewaltiger Mehrheit für die Nichtunterzeichnung entscheidet wird. In diesem Falle wäre es wohl richtig, wenn die Regierung den Gegnern zur Überprüfung des ablehnenden Votums eine allgemeine Abstimmung des deutschen Volkes vorschlagen würde.“

Der sozialdemokratische Kölner Abg. Soliman meldet der „Rheinischen Zeitung“ aus Weimar:

„Die Friedensbedingungen werden in allen Fraktionen als maßlos und als Vergewaltigung empfunden. Man dürfte aber sagen, daß in allen Fraktionen, die Deutsche Nationalität vielleicht ausgenommen, die Stimmen für das Unterzeichnen gewachsen seien. Auch in der sozialdemokratischen Fraktion bemühte sich eine rührige Gruppe, die Mehrheit für Unterzeichnung mit einer entsprechend scharf formulierten Erklärung zu gewinnen.“

In einem Artikel „Die sieben Schicksalstage“ schreibt das rheinische Zentrumsblatt, die „Kölnische Volkszeitung“:

„Die Tragweite dieser Entscheidungen, die Last der Verantwortlichkeit ist wahrlich kaum auszudenken. Die Geschichte kennt kein Beispiel dafür. Ein einzelner vermöchte eine solche Verantwortung überhaupt nicht zu tragen, selbst für eine in Jahrhunderten fest eingewurzelte Demokratie wäre sie eine furchtbare Belastungsprobe, und nun soll unsere junge Demokratie diese Probe bestehen.“

Die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ bringt ein Telegramm ihres Pariser Berichterstatters, in dem die Unterzeichnung des Friedensvertrages als Selbstmord mit offenen Augen hingestellt wird.

Die Parteileitung der Unabhängigen lehnt in einem in der „Freiheit“ veröffentlichten Aufruf „An das arbeitende Volk“ jede Verantwortung ab für die Folgen, die nach innen und außen durch die Ablehnung des Friedensultimatums entstehen.

„Deutschland kann nicht unterzeichnen.“

In der „Neuen Freien Presse“ erklärt Reichsmittler Gothein, Deutschland könne den Vertrag nicht unterzeichnen und werde der weiteren Besetzung

des Landes keinen Widerstand entgegensetzen. Die Feinde müßten nur versuchen, aus Deutschland herauszupressen, was ihm in dem Friedensvertrag zugemutet wird. Über diese Versuche würden scheitern.

#### Die Kritik der ausländischen Presse.

Die französischen Blätter stellen die Zugeständnisse an Deutschland als so wichtig und bedeutend hin, daß Deutschland sich zufrieden geben und unterzeichnen müsse. Größere Zugeständnisse zu machen sei den Alliierten unmöglich. „Journal“ gibt zu, daß die Erörterungen nicht immer leicht zum Abschluß zu führen waren, aber jetzt sei man stolz darauf, daß die Stimme Frankreichs durchgedrungen sei. „Journal“, „Matin“ und „Echo“ finden, daß der Bicerat schon zu viel Zugeständnisse gemacht habe. Der sozialistische Abgeordnete Sachin fest in der „Humanité“ voraus, daß die Deutschen unterzeichnen werden und daß auch sofort nach der Unterzeichnung des Friedens in Frankreich ein Regierungswechsel eintritt, weil die Regierung Clemenceaus untragbar geworden ist.

Die schweizerische Presse findet kein Wort der Anerkennung für die Antwort der Entente. So schreibt z. B. das „Bernener Tageblatt“: „Clemenceau stellt in seinem unversöhnlichen Haß das deutsche Volk so dar, als wäre es eine Bande von Räubern und Mördern. Auch dieses Schriftstück könne kein Deutscher anders auffassen, als daß er es zerreiße und an den Aussteller zurücksende.“

#### Preuß. Landesversammlung.

— Berlin, 18. Juni.

Die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben.

In der heutigen Sitzung wurde die Aussprache über die Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftsleben zu Ende geführt. Das ständige Steigen der Preise aller Lebensmittel und Gebrauchsgüter, sowie die außerordentliche Höhe der Abgabe, wie Unterstaatssekretär Göhre erklärte, auch für die Regierung ein Gegenstand der Sorge und gewissenhafter Prüfung gewesen. Eine Aufhebung der Zwangswirtschaft würde, wie das z. B. bei den Eiern sich gezeigt habe, zu Preisen führen, die für die minderbemittelte Bevölkerung nicht erträglich wären. Hiergegen wandte sich der Abg. v. d. Osten (D. natl.) mit aller Schärfe. Die Zwangswirtschaft sei ein großer Irrtum, der Schleichhandel blühe heute wie nie zuvor. Wer nicht sehe, daß sich der Landwirtschaft einer großen Unzufriedenheit bemächtigt habe, sei blind. Im weiteren Verlauf der Debatte richteten die Redner der beiden sozialdemokratischen Parteien heftige Angriffe gegen die Rechte. Schließlich wurde nach äußerst heftiger Aussprache ein Schlußantrag angenommen. Ein Antrag auf Wiedereinführung der Zwangswirtschaft für Eier wurde abgelehnt, dagegen fand ein Antrag auf staatliche Regelung der Beschäftigungsfrage Annahme.

Das Haus vertagte sich hierauf auf Freitag.

Der Verfassungsausschuß der deutschen Nationalversammlung lehnte die Abschaffung der Todesstrafe gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ab. Bei der Beratung der Grundrechte wurde ein Antrag Beyerle (Ztr.) und Hausmann (Dem.) angenommen, wonach alle Staatsbürger verpflichtet sind, nach Maßgabe der Gesetze persönliche Dienste für den Staat und die Gemeinden zu leisten. Die Militärdienstpflicht bemißt sich nach den Bestimmungen des Reichswehrgesetzes. Dieses bestimmt auch, wie weit einzelne Grundrechte für Heeresangehörige zur Erhaltung der Manneszucht und Erfüllung der Aufgaben des Heeres einzuschränken sind.

#### Neues vom Tage.

Die Demokratisierung des Eisenbahndirektionsbezirktes Erfurt wurde in einer von etwa 10 000 Eisenbahnbeamten und Arbeitern besuchten Versammlung des Eisenbahnbeamtenverbandes und des deutschen Eisenbahnerverbandes gefordert. Außerdem verlangte die Versammlung in mehreren Entschließungen die Neubewegung der Stelle des Präsidenten und verschiedener Degernate durch Männer, die aus dem praktischen Berufsleben her in Verbindung mit der Vertretung der Eisenbahnbienstände stehen. Zur Vermeidung von Störungen in Verwaltung und Betrieb wurden die Gewerkschaften beauftragt, die betreffenden Degernate sofort zu besetzen und wegen der endgültigen Bewegung mit dem Ministerium in Verbindung zu treten. Schließlich wurde gefordert, die Stelle des Präsidenten der Eisenbahndirektion Erfurt mit dem Rechnungsrevisor Heinrich Schläge zu besetzen. Der Minister der öffentlichen Arbeiten Deiser ist sofort nach Weimar und Erfurt gereist, um gegen diese Art „Demokratisierung“ unerbittlich an Ort und Stelle die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Gegen die Willkürakte in Erfurt nehmen die Reichsregierung und die preussische Staatsregierung in einem Aufruf Stellung, in dem es u. a. heißt: In dieser Stunde ernstester Gefahren, in der sich die gesammelte Kraft des deutschen Volkes gegen das uns von außen drohende Unheil zu richten hat, müssen alle inneren Streitpunkte zurücktreten. Reichs- und Staatsregierung, die gemäß der Verfassung ihre Pflichten führen, sind fest entschlossen, reißlos ihre Pflicht zu erfüllen. Sie müssen aber auch von allen Volksgenossen fordern, durch Einigkeit und Besonnenheit ihnen die vor uns liegende gesamtdeutsche Aufgabe zu erleichtern. Gegen Willkürakte, wie sie in Erfurt vorgekommen sind, entschlossen einzuschreiten, ist eine Staatsnotwendigkeit, der sich beide Regierungen nicht entziehen werden. Demgemäß sind die erforderlichen Maßnahmen eingeleitet. Die geordnete Verwaltung ist wieder hergestellt. Beamte und Arbeiter! Laßt Euch nicht durch die Redensarten weniger Drahtzieher irreführen, die ihre politischen Ziele zwar sorgsam verhehlen, aber doch offenkundig Euch zu ihren eigenen Zwecken mißbrauchen wollen.

#### Verkehrsstörungen im Erfurter Bezirk.

Die Erfurter Eisenbahnbewegung hat nach Jena übergriffen. Jeglicher Personenverkehr zwischen Weimar und Jena ist eingestellt. Es besteht die Gefahr, daß im ganzen Direktions-

bezirk Erfurt der Verkehr infolge weiterer Ausdehnung des Streiks unterbrochen werden wird. Eine Abordnung der Eisenbahner sprach heute in Weimar bei einigen Ministern vor.

Die französische Neutralität in der Pfalz. Der Bischof v. Speyer hat sich mit der Zustimmung der pfälzischen Regierungsbehörden an den kommandierenden General Gerard gewandt, um seine Aufmerksamkeit auf die lebhafteste Beunruhigung zu lenken, die die Kreise seiner Diözese infolge der wilden Gerüchte erfährt, die man von gewisser Seite zu verbreiten sucht, als ob eine sofortige Aenderung der politischen Verhältnisse der Pfalz, sogar unter Anwendung von Gewalt, bevorstehe. General versicherte in seiner Erwiderung: In Bezug der Neutralität der politischen Parteien, dem zur Erörterung der inneren Ordnung der Pfalz alle Freiheiten zugestanden seien, um in Ruhe ihre verschiedenen Ansichten zum Ausdruck zu bringen, seien die Besatzungstruppen seinerseits mit allen nötigen Verfügungen versehen, um Gewalttätigkeiten zu verhindern und unter allen Umständen die öffentliche Ordnung auf der Straße aufrechtzuerhalten.

Ueber die Verwendung der Haller-Truppen wird in einem Telegramm des Ententeskommissars in Polen, General Dupont an Erzberger erklärt, daß die Entente in Polen keine Angriffsabsichten habe. Ganz abgesehen von den mündlichen Zusicherungen des Marschalls Koch in Spa, von denen dieser nichts zu wissen erklärt, genüge der Wortlaut der Abmachungen in Spa vom 11. November 1918, um den Gedanken an eine Angriffsverwendung der durch Deutschland besetzten Hallertruppen gegen Deutschland auszuschalten. Eine deutsche Regierungserklärung betont, daß noch tatsächlich die mündliche Zusicherung gegeben habe, daß er unbedingt persönlich für die strikte Beobachtung der Nichtverwendung der Hallertruppen gegen Deutschland einstehe.

In Erwartung des polnischen Angriffs. Die Lage an der westpreussisch-polnischen Grenze ist sehr gespannt. Deutscherseits wird ein polnischer Angriff erwartet. Im Naume von Thorn wurden polnische Patrouillen beobachtet und abgewiesen. Drei polnische Flieger überflogen Thorn. Die Polen warfen bei Ostrowo neue Stellungen auf. Die Stärke der deutschen Truppen an der Grenze ist derartig, daß eine polnische Lieberumpelung ausgeschlossen erscheint. Auch die Küstenbatterien werden wieder in Stand gesetzt.

Die Räumung des Baltiklandes durch die deutschen Truppen hat weitere Fortschritte gemacht. Aus der Frontlinie sind die deutschen Truppen fast an allen Stellen zurückgezogen. Der Abtransport verschiedener Formationen ist durchgeführt worden. Auch die Materialtransporte werden trotz der bestehenden Schwierigkeiten weitergeführt.

#### Vermischte Nachrichten.

Die Steinkohlenförderung im Ruhrkohlengebiet hat nach dem Rückgang, der in den ersten Tagen des Monats Juni zu verzeichnen war, in der vergangenen Woche noch nicht wieder die Zahlen von Ende Mai erreicht. Die Förderung überschritt nur an einem Tage 225 000 Tonnen; im übrigen betrug der Tagesdurchschnitt 215 000 Tonnen. In der Waggengestellung waren auch weiterhin Schiffschiffen zu verzeichnen.

Frankfurt, 20. Juni. Kapitänleutnant Mäde, der Held der Ayscha, wurde während eines Vortrages, den er im Schumanntheater vor mehreren 1000 Schülern über seine Erlebnisse hielt, von einer Anzahl Personen tödlich angegriffen. Er mußte seinen Vortrag abbrechen und wurde beim Verlassen des Theaters von etwa 25 Personen mit Stöcken und Fäusten mißhandelt und blutig geschlagen. Kapitänleutnant Mäde wurde von Hilfspolizisten nach dem Polizeipräsidium gebracht, das ihn vorläufig in Schutzhaft nahm. (Mäde hielt bekanntlich vorige Woche in Berlin einen gleichen Vortrag.)

#### Lebensmittellieferungen in Münster.

In Münster (Westfalen) ist es zu ersten Lebensmittellieferungen gekommen. Es wurde eine ganze Reihe von Verhaftungen vorgenommen. Bei den Unruhen wurde eine Person getötet und drei schwer, mehrere andere leichter verletzt. Der kommandierende General des 7. Korps, Freiherr von Watter, hat mit Genehmigung der Reichsregierung über den Stadtbezirk Münster den verschärften Belagerungszustand verhängt.

Braunschweig, 20. Juni. (In 75 Minuten von Friedrichshafen nach Braunschweig.) Vorgestern Abend kurz nach 7 Uhr landete auf dem Braunschweiger Flugplatz ein Friedrichshafener Großflugzeug mit zehn Personen, darunter zwei Damen, an Bord. Es überflog den Brocken in nur 300 m Höhe. Die Gesamtdauer des Fluges betrug nur 75 Minuten.

Der Kommunismusputz in Wien. Der Vollzugs-ausschuß stellte fest, daß Samstag nacht unter der ganzen Volkswehr kommunistische Flugblätter verbreitet waren, die sie zur Verhaftung der Regierung, zur Befreiung der Nationalversammlung und aller Staatsämter aufforderten. Der Vollzugsausschuß der Soldaten wirt die ganze Schuld für das Sonntag verlorene Blut auf die kommunistische Direktion und erklärt sich feierlich bereit, in dem von der Arbeiterschaft neu erwählten Arbeiterparlament für die Volksgemeinschaft zu kämpfen. Nun wird bemerkt, daß die Regierung in den Besitz eines Schriftstückes gelangt ist, wonach die ungarischen Kommunisten für den Kopf des Präsidenten Seid und des Staatskanzlers Renner je eine halbe Million Kronen ausgesetzt haben. In Abgeordnetenkreisen wird angefochten der Verhältnisse lebhaft die Notwendigkeit der Anwesenheit des Staatskanzlers in Wien besprochen und die Frage erörtert, ob es nicht angezeigt sei, nach St. Germain das Geschehen zu richten, seinen dortigen Aufenthalt wenigstens auf kurze Zeit zu unterbrechen.

Große Enttäuschungen haben die alliierten Bedingungen nach einer Genfer Meldung in der Westschweiz hervorgerufen. Die französische Delegation ist an der Genfer und Berner Börse um 3 Prozent gefallen. Die deutsche ist gleich geblieben, da man überzeugt ist, daß Deutschland einen solchen Frieden nicht unterzeichnen wird.



## Männer-Gesangverein „Concordia“ Feudingen.

✠ Auf dem Felde der Ehre starben den Heldentod  
aus unserem Sängerkreise: ✠

Erst.-Ref. **Rudolf Kuhl**, gefallen am 19. 4. 15, Karpathen,  
Erst.-Ref. **Wilh. Hoffmann**, „ „ 29. 5. 15, Galizien,  
Erst.-Ref. **Richard Müller**, „ „ 13. 10. 15, Serbien,  
Landwehrrm. **Wilh. Wied**, „ „ 11. 7. 16, Verdun,  
Kan. **Ernst Bernshausen**, „ „ 5. 9. 16, Somme,  
Vizefeldwebel **Fritz Bald**, gestorben infolge schwerer Ver-  
wundung am 7. 12. 16 in St. Mihiel.  
Kan. **Ehr. Wickel**, gefallen am 29. 3. 17, Champagne,  
Pionier **Albert Sonneborn**, gestorben infolge Lungen-Ent-  
zündung, Feldlazarett Frankreich,  
Musketier **Otto Benfer**, gefallen am 25. 4. 18, Kesselberg,  
Landwehrrmann **Adolf Sonneborn**, gefallen am 15. 7. 18  
in Frankreich.

Den Tapferen, die den Heldentod erlitten,  
Sei unser tiefgefühltes Denken warm geweiht,  
Sie ruhen aus in Gottes heil'gen Himmelshallen,  
Vom Schlachtgewühl und Kriegersturm befreit!  
Der Ruhmeslorbeer schmückt ihre Gräber,  
Vergessen, nein, vergessen, nie!

Ihr bleibt uns noch!  
Euer Name lebt in unserem Sängerkreise fort,  
Als wäret ihr selber noch da.  
Ihr habet nicht Scheu noch Furcht gekannt,  
Ihr harbet für's teure Vaterland;  
Und vorwärts hieß es und feste draus,  
Der Sieg weckt unsere Toten auf.  
Die deutsche Kraft, der deutsche Mut,  
Flammt auf zu neuer Lebensglut.

Und horch!  
Sausi regt sich in Lüften ein süßes  
Getöse,  
Wie Sphärenklänge aus Himmelshöhen,  
Wie Aeolusharfen so sanft und leicht  
Afforde wachen empor — mit Macht.  
Aus Männerkehlen der deutsche Gesang  
Erbrauset dazwischen mit hellem Klang.  
Im deutschen Lied, das uns töpliches gab,  
Ein Denkmal den Sängern im Heldengrab.

Ferner sind aus unserer Mitte in der Heimat abberufen  
worden die Sangesbrüder:

**Heinrich Meister senior,  
Heinrich Schmidt,  
Ludwig Müller,  
Christian Sonneborn,  
Heinrich Meister junior.**

In des Friedhofs stillen Gründen,  
In der Abgeschiedenen Haus,  
Unter grünen Laubgewinden  
Ruht der Sänger friedlich aus,  
Seine Lieder hell und rein  
Schließen alle mit ihm ein.

Ihnen allen über das Grab hinaus ein ehrendes Gedenken.

## Bekanntmachung.

Dem Amt sind Kerzen  
überwiesen worden, dieselben  
kommen durch die Gemeinde-  
vorsteher zur Verteilung.  
Auf jeden Haushalt ent-  
fallen vier Kerzen. Haus-  
haltungen, welche elektrisch  
Licht haben, sind von der  
Verteilung ausgeschlossen.  
Erndtebrück, 7. Juni 19.  
Der Amtmann: Koeßler.



**S. G. V.**

Abteilung Laasphe.  
Sonntag, den 22. Juni  
bei anfrüherer Witterung  
**Frühwanderung**  
mit Damen über Weitenbach,  
Lausfeld, Döböl, Neuntel.  
Brot oder Brotmarken  
mitbringen.  
Ansetzen am Bahnhof  
Laasphe 5 27.

Kirsch auf!  
Der Wanderrat.

## Bienenzuchtverein Banfetal.

### Versammlung

Sonntag, den 22. Juni  
nachm. 4 Uhr in der  
Wirtschaft Schmidt zu  
Fischelbach.

### Tagesordnung:

1. Rechnungslage pro 1918.
2. Honigablieferung.
3. Beschaffung von zwei  
Blätterkästen.
4. Verschiedenes.

Rückfahrt über Weiten-  
bach, daselbst Besichtigung  
des Runkel'schen Bienen-  
standes.

Um zahlreiches Erscheinen  
bittet

Der Vorstand:  
Steinwra

Wir suchen zum möglichst  
baldigen Eintritt einen

## Lehrling

für Büro.

**Chemische Werke**

„Marienglück“

H. A. D. & Co.,

Aue b. Weidenburg i. Westf.

Durchaus zuverlässiges

## Mädchen,

was möglichst schon in  
besseren Häusern gebildet hat,  
für Haus- und Gartenarbeit  
geübt. Küchenmädchen u.  
Waschfrau vorhanden. Gute  
Behandlung, guter Lohn.

Angebote an

Frau Bergassdor

Schleifenbaum,

Siegen, Westf.,

Weltersbergstr. 7.

### Junges

## Mädchen

sucht vom 27. Juni 3 wöchentl.  
Aufenthalt in einfachem  
Haus, wo Milch zu haben  
ist. Angebote an

Lina Sellmann,

Siegen, Kirchweg 11.

## Brennholz und Schanzen

kauft

**Edm. Stok,**

Solingen.

## Danksgiving.

Für die überaus zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme bei der Beerdigung meines  
lieben Mannes, unseres guten, treusorgenden  
Vaters.

## des Fürstlichen Försters Otto Meinecke,

sowie für die vielen Kranzspenden sprechen  
wir hierdurch allen unsern herzlichsten Dank  
aus.

Auch der Fürstlichen Verwaltung und  
den Fürstlichen Beamten für ihre tiefempfun-  
dene Teilnahme, sowie Herrn Pastor Siebel  
für die trostreichen Worte am Grabe sei noch  
besonders gedankt.

Banfe, den 19. Juni 1919.

**Frau Otto Meinecke u. Kinder.**

## Lebensmittel.

Ab Dienstag den 24. Juni kommen in den ein-  
schlägigen Geschäften zum Verkauf:

Auf die Lebensmittelnebenmarke 5 (GS, KS u. V)  
**300 Gramm Marmelade** zum Preise von M. 1.30 je Pfd.

## Brot.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreide-  
ordnung über die Ernte 1918 und der  
Verfügung des Herrn Regierungspräsi-  
denten vom 16. Juni 1919 I. 15. Nr. 5529 setze ich für  
den Kreis Wittgenstein den Höchstpreis für das

**3-Pfund-Brot auf M. 0.80 fest.**

Zu widerhandlungen werden auf Grund des § 80 der  
Reichsgetreideordnung für die Ernte 1918 mit Gefängnis  
bis zu einem Jahre und mit Geldstrafe bis zu M. 50.000,  
oder mit einer dieser Strafen bestraft. Der Versuch ist  
strafbar.

Die bisherige Festsetzung der Mehlpreise wird hier-  
durch nicht berührt.

Der Landrat. Dr. Kreisjmar.

Der Vollzugsausschuss der K. u. V. Räte: J. A. Mengel.

## Bekanntmachung.

Zwecks Aufbringung der Entschädigung für Viehver-  
luste in den Fällen des § 66 des Reichs-Viehseuchengesetzes  
und des § 5 des Preussischen Ausführungsgesetzes soll in  
diesem Jahre für jedes Pferd, jeden Esel, jedes Maultier  
und jeden Maulesel eine Abgabe von 50 Pfennigen, für  
jedes Stück Rindvieh (Kühen, Bullen, Kälber, Rinder und  
Kälber) eine Abgabe von 10 Pfennigen erhoben werden.  
Maßgebend ist der Viehbestand am 1. Juni d. J.

Das Verzeichnis der beitragspflichtigen Tierbesitzer und  
der von jedem zu entrichtenden Beiträge liegt vom  
23. d. Mts. ab 14 Tage lang im Bürgermeisteramt  
öffentlich aus.

Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses sind spä-  
testens binnen 10 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist  
bei der unterzeichneten Stelle anzubringen.

Laasphe, den 20. Juni 1919.

Der Bürgermeister. J. B. Fischer.

## Verkauf.

Montag, den 23. d. Mts., nachm. 2 Uhr  
lasse ich verschiedene Möbel u. Hausgegen-  
stände, auch einen Bürolschreibtisch mit Schrank-  
aufsatz und einen Kuchenschrank meistbietend gegen Bar-  
zahlung verkaufen.

August Ost, Erndtebrück.

## Stühle.

Kräftige Stühle für den alltäglichen  
Gebrauch liefert

**Heinrich Birkelbach, Möbelfabrik,**  
Erndtebrück.

Bitte anschnitten! Erscheint nur einmal!

**Eier! Achtung! Eier!**

Mein praktisch ausprobiertes Eierprüfungsapparat zeigt  
an, ob das Ei befruchtet oder unbefruchtet ist. Ob es  
männlichen oder weiblichen Keim enthält. Für jeden  
Landwirt und Geflügelzüchter unentbehrlich. Preis  
M. 6.— per Nachnahme.

Wissenschaftliche Gutachten und zahlreiche Dankschreiben  
liegen vor.

**Landwirt Hofmann, Zschöpperitz,**  
Post Dobitschen S.-M.

## Magnetopathie!

Empfiehlt sich in Behandlung von  
Kopfschmerzen, Magenschmerzen (Durchfall, Ver-  
stopfung, Appetitlosigkeit) Epilepsie, Rheumatismus  
(Hexenschuß) Lählas, Brandwunden usw.

Sprechstunden im

**Gasthof Winter, Berleburg (Westf.)**

und zwar täglich (außer Mittwochs) von 8—12 Uhr  
und nachmittags von 2 bis 7 Uhr. Sonntags von  
8 bis 12 Uhr.

Behandlung auch auswärts.

**Wilh. Schneider, Magnetopath,**  
Berleburg (Westf.), Mittelstraße 1.

## Tapeten

neue Sendung in schönen

:: Mustern eingetroffen. ::

**Herm. Jung, Laasphe.**

## Für Bäcker!

**Michael Neffgen,**

Backofenbaugeschäft

Königswinter a. Rhein

empfehlen sich im Aufbau von

**Königswinter Backöfen.**

Jeder Ofen aus zwei Steinen.

Alle Reparaturen

werden prompt ausgeführt.

Schürstemen, Ofen-  
träger, Haarbänder  
(alle Farben), Bänder,  
Knöpfe, Nähgarn, Gummi-  
band, Messer, Bürsten,  
Kämme (prima Ware, Horn),  
sämtliche Kurz-, Woll- und  
Bürstenwaren zu Engros-  
preisen.

**Aug. Backeshoff,**

Biedenkopf, Stadtgasse 30.

Telefon 114.

— Lagerbesuch lohnend. —

## Kopf-Salat

täglich frisch, gibt ab

**Gärtner A. Braun**

Laasphe.